

Dienstag 27. Oktober 2020

Nummer 909

Der Newsletter als PDF

Die Stiftung auf  und 

App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

— Ich unterstütze die Robert Schuman-Stiftung —

Mehrfähriger Finanzrahmen 2021-2027, was sind die Fortschritte?

Autoren: Anne Vitrey, Sébastien Lumet



Die Diskussionen zwischen dem Rat und dem Parlament über den nächsten EU-Haushalt stolpern über Fragen wie hoch die Beträge für bestimmte Vorzeigeprogramme sein sollen und die mit der Rechtsstaatlichkeit verbundene Konditionalität. In Verbindung mit dem Haushalt wirft der Sanierungsplan zur Bewältigung der Folgen der Pandemie auch einige Fragen auf, wie z.B. seine Governance und die Rolle des Parlaments.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Neuigkeiten : Leitartikel **Wahlen** : Litauen **Stiftung** : Veröffentlichung/Schuman-Bericht - Studie/Parlamente - Gesundheit/Europa - Belarus **Kommission** : Open Source - Beschäftigung/SURE - Zypern/Malta **Parlament** : Landwirtschaft - Digital - Belarus **Rat der Europäischen Union** : Landwirtschaft/Fischerei - Umwelt - Wettbewerbsfähigkeit - Kapitalmärkte - Reisen **Diplomatie** : Balkan - Sahel - Türkei **Spanien** : Italien - Justiz **Frankreich** : Europa/Neustart **Polen** : Abtreibung **Tschechische Republik** : RescEU/Beatmungsgeräte - Senat **Großbritannien** : Lords/Gesetze - Brexit/Kosten - Japan **WTO** : EU/USA **NATO** : Ausgaben - Entscheidungen **IWF** : Vorhersagen **Eurostat** : Schulden/Defizit **Eurobarometer** : Meinung/EU **Berichte / Studien** : Agenturen/EU - Justiz - Migration **Veröffentlichungen** : Deutsch-Französisch **Kultur** : Matisse/Paris - Ausstellung/Wien - Ausstellung/Basel - Ausstellung/Krakau - Ausstellung/Madrid - Ausstellung/Montpellier - Jazz Barcelona - Kino/London - Festival/Cannes

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

Die Angst: der schlechteste Ratgeber



Die Angst führt dazu, dass die europäischen Gesellschaften die Freiheiten einschränken und ihren Volkswirtschaften irreparablen Schaden zufügen. Angesichts des Virus sollten die Europäer jedoch zusammenkommen und die Verteidiger einer freien und offenen

Gesellschaft sein, sagt Jean-Dominique Giuliani... [Fortsetzung](#)

Wahlen :

Konservative Opposition gewinnt Parlamentswahlen in Litauen



Die Union der Patriotischen Christdemokraten (TS-LKD), die wichtigste Oppositionspartei unter der Führung von Gabrielius Landsbergis und Ingrida Simonyte, gewann die litauischen Parlamentswahlen im zweiten Wahlgang am 25. Oktober. Sie erhält 50 der 141 Sitze im Seimas, der

einzigsten Kammer des Parlaments. Die Bauern- und Grünen-Partei (LVZS), des scheidenden Ministerpräsidenten Saulius Skvernelis gewann 32 Sitze. I. Simonyte

sagte, sie wolle eine Regierungskoalition mit den beiden liberalen Parteien, der Liberalen Bewegung und der Partei für Freiheit und Gerechtigkeit, bilden... [Fortsetzung](#)

Stiftung :

Der "Schuman-Bericht über Europa, Zustand der Union 2020"



Die Ausgabe 2020 des "Schuman-Berichts über Europa, den Stand der Union", ein Nachschlagewerk für europäische Entscheidungsträger, ist jetzt in französischer Sprache in gedruckter Form erschienen, herausgegeben von Marie B. Er ist auch in elektronischer Form in Französisch und Englisch verfügbar, mit Beiträgen von führenden Persönlichkeiten und Experten.

Bereichert durch Originalkarten und kommentierte Statistiken, bietet dieser Bericht einen umfassenden Überblick über die Europäische Union und analysiert die Herausforderungen, denen Europa gegenübersteht. Sie können den Bericht auf unserer Seite bestellen... [Fortsetzung](#)

Parlamente in Zeiten des Coronavirus



In Partnerschaft mit einem europäischen universitären Forschungsnetzwerk, das von der Universität Lille 2016 zum Thema "Parlament und Zeit" initiiert wurde, lanciert die Stiftung eine neue Reihe von Berichten, die über "die Auswirkungen der Gesundheitskrise auf die Funktionsweise der nationalen Parlamente" in Europa berichten. Nach Frankreich, Großbritannien, Polen und Griechenland blicken die neuen Publikationen auf Spanien und Portugal... [Fortsetzung](#)

Übersicht zu den Gesundheitsmaßnahmen und Reisebedingungen in Europa



Angesichts des Wiederaufflammens der Covid-19-Pandemie in Europa ergreifen die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union neue restriktive Maßnahmen, wie wie z.B. der Gesundheitsnotstand in Spanien und Frankreich oder die teilweise Lockdown in Irland, Belgien und Italien. Die Stiftung bietet Ihnen eine Zusammenfassung der Gesundheitsmaßnahmen vor Ort und der Reisebedingungen in ganz Europa an. Eine unverzichtbare Ressource, die regelmäßig aktualisiert wird, um die nun beginnende Zeit zu verstehen... [Fortsetzung](#)

Belarus: Chronologie einer Revolution



Mehr als zwei Monate nach den "manipulierten" Präsidentschaftswahlen vom 9. August protestiert das belarussische Volk weiterhin gegen die fortgesetzte Herrschaft von Alexander Lukaschenko. Weitere politische Unterstützung erhielt ihre Aktion durch die Verleihung des Sacharow-Preises des Europäischen Parlaments an die Opposition, vertreten durch den Koordinierungsrat. Um diese Krise zu verfolgen, bietet Ihnen die Stiftung eine Chronologie der Ereignisse und Links zu europäischen Reaktionen und Initiativen... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Open-Source Software Strategie



Die Kommission präsentierte am 21. Oktober ihre Open-Source-Software-Strategie 2020-2023 mit dem Ziel, Innovation und Zusammenarbeit zwischen Open-Source-Software zu fördern. Im Rahmen des Ziels der digitalen Autonomie Europas kündigt die Kommission die Einrichtung von Innovationslabors für Open-Source-Software, die Beseitigung des mit ihrer Veröffentlichung verbundenen Verwaltungsaufwands und die Einstellung von Talenten innerhalb der Kommission an, die angekündigt hat, dass sie ihren Quellcode zur Verfügung stellen wird, und möchte, dass die europäische Verwaltung in diesem Bereich mit gutem Beispiel vorangeht. Open-Source-Software ist Software, die frei zu benutzen und zu vervielfältigen ist, wie z.B. bei Linux oder Ubuntu... [Fortsetzung](#)

17 Milliarden in Anleihen zur Finanzierung des SURE-Programms



Die Kommission gab am 21. Oktober bekannt, dass sie 17 Milliarden Euro an so genannten Sozialanleihen ausgegeben hat, um das SURE-Programm der EU zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Folge der Wirtschafts- und Gesundheitskrise zu finanzieren. Die Ausgabe umfasste Anleihen im Wert von 10 Milliarden Euro, die 2030 rückzahlbar sind, und 7 Milliarden Euro, die 2040 rückzahlbar sind. Die sechs für diese Emissionen mandatierten Banken verzeichneten eine Nachfrage von 95 Milliarden Euro für 2030

und 55 Milliarden Euro für 2040. Soziale Anleihen erfüllen bestimmte Kriterien und müssen zur Finanzierung sozialer Maßnahmen genutzt werden... [Fortsetzung](#)

Goldene Pässe: Vertragsverletzungsverfahren gegen Zypern und Malta



Die Kommission leitete am 20. Oktober ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Zypern und Malta wegen ihrer Staatsbürgerschaftsvergabe an Investoren ein, die auch als "goldene Pässe" bekannt sind, eine Praxis, die die Integrität der Unionsbürgerschaft untergräbt. Am 15. Oktober trat der Präsident des zyprischen Unterhauses, Demetris Syllouris, nach den Enthüllungen über diese Praxis zurück, von der seit 2012 mindestens 2.855 Personen profitiert haben sollen. Die Kommission sandte auch einen Brief an Bulgarien bezüglich eines ähnlichen Programmes... [Fortsetzung](#)

Parlament :

Standpunkt des Parlaments zur Gemeinsamen Agrarpolitik



Am 23. Oktober nahm das Europäische Parlament eine Stellungnahme zur Gemeinsamen Agrarpolitik für den Zeitraum 2021-2027 an. Die Abgeordneten stimmten dafür, die obligatorischen Umweltpraktiken zu stärken und das Budget für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen zu erhöhen. Die Beihilfen für Großbetriebe sollen gekürzt werden, um kleinen Betrieben und Junglandwirten zu helfen. Auch neue Maßnahmen zur Unterstützung der Landwirte bei der Bewältigung von Krisen und verschärfte Strafen bei Verstößen gegen die EU-Vorschriften zum Umwelt- und Tierschutz wurden verabschiedet... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Regelungsvorschlag für künstliche Intelligenz und Online-Plattformen



Am 20. Oktober nahmen die Abgeordneten sechs Entschlüsse an, in denen Maßnahmen zur Regulierung von Online-Plattformen und künstlicher Intelligenz gefordert werden. Sie fordern ein schrittweises Verbot von gezielter Werbung, den Kampf gegen Algorithmen, betrügerische Geschäfte und Hasreden und schlagen ein Streitbeilegungsgremium und ein europäisches Gremium zur Verhängung von Bußgeldern vor. Was die künstliche Intelligenz betrifft, so fordern sie mehr Garantien für geistiges Eigentum, Datenschutz und Bürgerrechte, ein Novum, da dieser Sektor noch immer schlecht reguliert ist. Es wird erwartet, dass die Kommission im Dezember und Anfang 2021 je ein Gesetzespaket zu beiden Themen vorlegen wird... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#) | [Andere Links](#) | [Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Sacharow-Preis an belarussische Opposition verliehen



Das Parlament verlieh den Sacharow-Preis 2020 für geistige Freiheit am 22. Oktober an die demokratische Opposition in Belarus, vertreten durch den Koordinierungsrat. "Bleiben Sie stark und geben Sie Ihren Kampf nicht auf. Seien Sie versichert, dass wir an ihrer Seite sind", sagte Parlamentspräsident David Sassoli. Die Preisverleihung findet am 16. Dezember statt. Am Tag zuvor hatten die Abgeordneten eine Entschlüsselung angenommen, in der sie sich weigern, Alexander Lukaschenko als Präsident anzuerkennen, ihre Unterstützung für die ehemalige Kandidatin Swetlana Tichanowskaja bekräftigen und freie Wahlen fordern. Sie fordern die Union auf, die Sanktionen gegen die Führer des Regimes, einschließlich A. Lukaschenko, rasch umzusetzen, die Beziehungen zu Belarus zu überprüfen und Maßnahmen zur wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung der belarussischen Zivilgesellschaft zu ergreifen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Rat der Europäischen Union :

Ergebnisse des Treffens der Landwirtschafts- und Fischereiminister



Bei ihrem Treffen am 19. und 20. Oktober nahmen die europäischen Minister für Landwirtschaft und Fischerei eine Position zur Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020 an. Die von den Landwirten einzuhaltenden Umweltstandards würden gestärkt, und die Staaten hätten mehr Handlungsspielraum, um Umweltziele in der Landwirtschaft zu erreichen. In den angenommenen Schlussfolgerungen zur nachhaltigen Ernährungsstrategie wird gefordert, dass der Zugang zu Nahrungsmitteln und finanzieller Unterstützung für die Bauern ausreichend gewährleistet werden muss. Es wurde eine Einigung über die Fangquoten in der Ostsee für 2021 erzielt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Ergebnisse des Treffens der Umweltminister



Die Umweltminister einigten sich am 23. Oktober auf bestimmte Aspekte des Gesetzes zur Klimaneutralität der Union im Jahr 2050. Sie verabschiedeten auch ihre politischen Leitlinien zur Strategie der Union im Bereich der biologischen Vielfalt und ihre Position zur Revision der Trinkwasserrichtlinie... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Informelles Treffen der Minister für Wettbewerbsfähigkeit



Am 23. Oktober erörterten die für Wettbewerbsfähigkeit zuständigen Minister die Reform der Wettbewerbspolitik, die Industriestrategie der Union und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie durch die gezielte Förderung und den verstärkten Einsatz innovativer Technologien... [Fortsetzung](#)

Konjunkturpaket für die Kapitalmärkte



Der Rat nahm am 21. Oktober einen Standpunkt zum Paket zur Erholung der Kapitalmärkte an, indem er den ursprünglichen Vorschlag der Kommission änderte. Durch die neuen Vorschriften wird der Umfang der Informationen verringert, die professionellen Anlegern bzw. – in einigen wenigen Fällen – Kleinanlegern zur Verfügung gestellt werden müssen. Dazu gehört auch der schrittweise Verzicht auf papiergestützte Informationen, es sei denn, Kleinanleger wünschen sie weiterhin zu erhalten. Ferner befreit der Rat nicht-komplexe Anleihen (Festzinsanleihen), die sowohl an Kleinanleger als auch an professionelle Anleger verkauft werden, unter bestimmten Bedingungen von bestimmten Informationspflichten in Bezug auf die Produktüberwachung. Andere Vorschläge des Maßnahmenpaket für die Erholung der Kapitalmärkte zielen darauf ab, die Nutzung von Verbriefungen zu erleichtern, um Banken zu unterstützen... [Fortsetzung](#)

Aktualisierung der Liste der Drittländer ohne Reisebeschränkungen



Der Rat aktualisierte am 22. Oktober die Liste der Drittländer, für die Beschränkungen aufgehoben werden können. Folgende Länder betrifft es; Australien, Japan, Neuseeland, Ruanda, Singapur, Südkorea, Thailand, Uruguay und China, wenn das Land seine Beschränkungen ebenfalls aufhebt. Kanada, Tunesien und Georgien sind von der Liste gestrichen worden... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

EU-Balkan-Forum für Inneres und Justiz



Vertreter des Rates und der Kommission für Justiz und Inneres führten am 22. Oktober Gespräche mit Ministern aus dem Balkan. Sie tauschten sich über die Schaffung eines Systems für den Austausch von Informationen über die Daten der Migranten, die Verbesserung ihrer Aufnahmebedingungen, die Fortsetzung ihres gemeinsamen Aktionsplans zur Bekämpfung des Terrorismus sowie über die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Cyberkriminalität aus. Sie erörterten die Kontinuität der justiziellen Angelegenheiten während der Pandemie, die Entwicklung digitaler Instrumente für die Justiz, die Fortschritte, die beim Schutz der Rechtsstaatlichkeit erzielt werden müssen, und einen Rahmen für die Zusammenarbeit mit der Europäischen Staatsanwaltschaft... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

1,7 Milliarden Hilfe für die zentrale Sahelzone zugesagt



Auf einer virtuellen Konferenz, die am 20. Oktober von Dänemark, Deutschland, der Europäischen Union und den Vereinten Nationen organisiert wurde, sagten 24 Regierungen und institutionelle Geber mehr als 1,7 Milliarden Dollar zu, um die humanitäre Hilfe für die zentrale Sahelzone zu erhöhen. Die Mittel werden rund 10 Millionen Menschen mit Nahrungsmitteln, Gesundheitsdiensten, Wasser und sanitären Einrichtungen, Unterkünften, Bildung, Schutz und Unterstützung für Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt helfen. Ziel ist es, einen Beitrag zur Eindämmung dessen zu leisten, was andernfalls zu einer der größten humanitären Krisen der Welt werden könnte... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Reaktionen auf die Äußerungen des türkischen Präsidenten

Am 25. Oktober hat der französische Außenminister Jean-Yves Le Drian die Äußerungen des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan gegen den französischen Präsidenten Emmanuel Macron angeprangert und den französischen Botschafter in der Türkei zurück nach Frankreich beordert. Auch der Hohe Vertreter



der EU, Josep Borrell, verurteilte die Äußerungen des türkischen Präsidenten als "inakzeptabel", ebenso wie der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, sowie mehrere europäische Minister und Regierungschefs... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Spanien :

Treffen mit dem Präsidenten des Italienischen Rates



Der Präsident der spanischen Regierung Pedro Sanchez traf am 20. Oktober in Rom mit seinem italienischen Amtskollegen Giuseppe Conte zusammen. Die beiden Regierungschefs diskutierten den europäischen Haushalt und das europäische Konjunkturprogramm, das sie so schnell wie möglich umgesetzt sehen wollen, um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie zu bewältigen. Sie schlugen auch vor, dass die EU die Schließung der Außengrenzen erleichtern und ein europäisches Protokoll über den Tourismus verabschieden sollte, um diesen stark betroffenen Sektor zu unterstützen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Aussetzung der Justizreform, die die Unabhängigkeit von Richtern bedroht



Die spanische Regierung setzte am 22. Oktober ihren umstrittenen Reformvorschlag für den Generalrats der rechtsprechenden Gewalt aus, des Organs, das für die Ernennung der Richter und die Gewährleistung ihrer Unabhängigkeit sowie der Unabhängigkeit der Gerichte zuständig ist. Die Europäische Kommission war der Ansicht, dass der Vorschlag die Unabhängigkeit der Justiz zu untergraben drohte, indem er die Art und Weise, wie Ernennungen im Rat vorgenommen werden, drastisch veränderte... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Der Premierminister in Brüssel



Der französische Premierminister Jean Castex reiste am 23. Oktober nach Brüssel, um die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula Von der Leyen, sowie die für Wettbewerb zuständige Vizepräsidentin, Margrethe Vestager, und den Kommissar für den Binnenmarkt, Thierry Breton, zu treffen. Er stellte den französischen Sanierungsplan vor und erörterte aktuelle Themen wie die Gesundheitssituation, die Reform des Wettbewerbsrechts und die künftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Großbritannien... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Polen :

Verfassungsgericht schränkt das Recht auf Abtreibung ein



Am 22. Oktober erklärte das polnische Verfassungsgericht eine gesetzliche Bestimmung für ungültig, die einen freiwilligen Schwangerschaftsabbruch (Abtreibung) bei schweren fötalen Missbildungen zulässt. Nach dieser Entscheidung bleibt das Recht auf Abtreibung nur in Fällen erlaubt, wenn das Leben der Schwangeren bedroht ist und wenn die Schwangerschaft infolge von Vergewaltigung oder Inzest entstanden ist. Die Entscheidung führte zu einer landesweiten Protestbewegung... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Tschechische Republik :

Entsendung von Beatmungsgeräten im Rahmen des europäischen Programms RescEU



Die Kommission kündigte am 23. Oktober an, dass im Rahmen des RescEU-Programms mindestens 30 Beatmungsgeräte in die Tschechische Republik, das europäische Land, das derzeit am stärksten von der Covid-19-Epidemie betroffen ist, geschickt werden sollen. Österreich und die Niederlande stellten den tschechischen Behörden in der Folge 15 bzw. 105 Einheiten zur Verfügung. RescEU wurde zu Beginn des Jahres ins Leben gerufen, um Ländern zu helfen, die medizinische Ausrüstung benötigen und deren europäische Reserven derzeit in 6 Ländern untergebracht sind... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Ergebnisse der Senatswahlen



Am 9. und 10. Oktober fand die zweite Runde der Senatswahlen in der Tschechischen Republik statt, um ein Drittel der 27 Sitze zu erneuern. Die Koalition der Bürgermeister und Unabhängigen (STAN) gewann 11 Sitze, gefolgt von der Partei der Bürgerdemokraten mit 5 Sitzen. Die ANO-Bewegung von Premierminister Andrej Babiš gewann nur einen Sitz und die

Sozialdemokratische Partei (ČSSD) verlor alle 10 Sitze, die sie zu verteidigen versuchte... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Großbritannien :

Lords stimmen gegen das Binnenmarktgesetz



Am 20. Oktober stimmte das Oberhaus mit 395 gegen 169 Stimmen einem Antrag zu, in dem erklärt wurde, dass das Binnenmarktgesetz "die Rechtsstaatlichkeit und den Ruf des Vereinigten Königreichs untergraben würde". Die Binnenmarktvorlage, die gegen das im Oktober 2019 mit der Union unterzeichnete Austrittsabkommen mit der EU verstößt, könnte vor einer neuen Lesung im Unterhaus geändert werden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Bericht über die Kosten eines "harten" Brexit



Am 20. Oktober veröffentlichte die Euler Hermès Gruppe einen Bericht über die Kosten des Brexits, unterteilt in zwei Szenarien. Großbritannien wäre mit einem Rückgang des BIP um 5% und der Exporte um 15% der Hauptverlierer. Ein Scheitern der Verhandlungen würde die Europäische Union im Jahr 2021 33 Milliarden Euro weniger an Exporten beschern und hauptsächlich Deutschland mit 8,2 Milliarden Euro, die Niederlande mit 4,8 Milliarden Euro und Frankreich mit 3,6 Milliarden Euro betreffen. Ein "Soft-Brexit"-Abkommen wäre für europäische Exporte, mit einem geschätzten Verlust von 18 Milliarden Euro im Jahr 2021 weniger kostspielig... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Handelsabkommen mit Japan



Am 23. Oktober unterzeichneten Großbritannien und Japan ein Freihandelsabkommen, das erste Abkommen für das Vereinigte Königreich seit dem Brexit. Dieser Vertrag sieht vor, dass 99% der Produkte, die zwischen den beiden Ländern gehandelt werden, zollfrei sind. Es wird erwartet, dass das Abkommen den Handel zwischen Japan und Großbritannien um schätzungsweise 15,2 Milliarden Pfund erhöht. Im Jahr 2019 belief sich der Handel zwischen den beiden Ländern auf 30 Milliarden Pfund... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

WTO :

Genehmigung neuer europäischer Zölle auf amerikanische Produkte



Die Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO) erteilten der Union am 26. Oktober die Genehmigung, Zollsanktionen gegen die USA, als Reaktion auf die gewährte US-Hilfe für Boeing, zu verhängen. Bei seinem Treffen in Genf bestätigte das Streitbeilegungsgremium eine Entscheidung des WTO-Schiedsrichters vom 13. Oktober, die es der Union erlaubt, US-Waren bis zu einem Höchstbetrag von fast 4 Milliarden Dollar pro Jahr zu besteuern... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

NATO :

Erhöhung der Militärausgaben



Am 21. Oktober veröffentlichte die NATO einen Bericht über die Militärausgaben ihrer 30 Mitglieder, von denen 21 ebenfalls Mitglieder der Europäischen Union sind, zwischen 2013 und 2020. Die Gesamtausgaben nehmen stark zu, nachdem sie seit 2015 kontinuierlich gestiegen sind, mit einem Spitzenwachstumswert von 6% zwischen 2016 und 2017. Die Vereinigten Staaten (3,9%) und Griechenland (2,6%) geben im Verhältnis zu ihrem BIP am meisten aus, während Luxemburg (0,6%), Belgien (1,1%) und Spanien (1,2%) am wenigsten ausgeben. 10 Länder überschreiten im Jahr 2020 die 2% BIP-Schwelle, eine Forderung der USA, im Vergleich zu nur 3 im Jahr 2014... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Treffen der Verteidigungsminister



Die NATO-Verteidigungsminister stimmten in einer Videokonferenz am 22. und 23. Oktober einer Ausweitung der NATO-Mission im Irak zu und kündigten die Einrichtung eines NATO-Raumfahrtzentrums auf dem deutschen Stützpunkt Ramstein an, das die Satelliten der NATO vor feindlichen Angriffen schützen soll. Sie erörterten auch den Friedensprozess in Afghanistan, die nationale Widerstandsfähigkeit, den Zustand der kritischen Infrastruktur und diskutierten zu Russland... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

IWF :

Wirtschaftlicher Ausblick für Europa



Am 21. Oktober stellte der IWF seine regionale Wirtschaftsperspektive für Europa vor und zog eine Bilanz des Managements der Pandemie durch die Mitgliedstaaten und die Union. Die Studie prognostiziert einen Rückgang des BIP der Union um 7% im Jahr 2020 und eine Erholung um 4,7% im Jahr 2021. Der Bericht betont, dass die Reaktion der europäischen Staaten stark war, wobei bis zu 54 Millionen Arbeitsplätze durch Maßnahmen zur Erhaltung der Beschäftigung unterstützt wurden. Der Bericht begrüßt auch die Reaktion der Union und der EZB und stellt fest, dass ohne ihr Handeln im Jahr 2020 weitere 3 bis 4 Prozentpunkte des BIP verloren gegangen wären. Die Autoren des Berichts ermutigen die europäischen Staaten, eine starke Politik der Beschäftigungsförderung beizubehalten, um die wirtschaftliche Erholung zu begleiten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Eurostat :

Anstieg der öffentlichen Schulden und Defizite



Die Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP betrug im zweiten Quartal 2020 in der Eurozone 95,1%, verglichen mit 86,3% im Vorquartal, teilte Eurostat am 22. Oktober mit. In der Union lag das Verhältnis bei 87,8%. Das öffentliche Defizit wuchs ebenfalls stark an und erreichte 11,6% des BIP in der Eurozone und 11,4% in der Union, verglichen mit 2,5% und 2,6% im ersten Quartal... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Eurobarometer :

Die wirtschaftliche Lage ist die Hauptsorge der europäischen Bürger



Laut der letzten Eurobarometer-Umfrage, die am 22. Oktober veröffentlicht wurde, ist die Mehrheit der Europäer mit der Union und den von den Institutionen während der Pandemie getroffenen Entscheidungen zufrieden. Die wirtschaftliche Lage, Gesundheit und Arbeitslosigkeit sind die Hauptsorgen der Bürger. Erneuerbare Energien und der Kampf gegen Plastikabfälle sind ihrer Meinung nach die Prioritäten des Grünen Pakts für Europa. Die Mehrheit der befragten Europäer fühlt sich als europäische Bürger... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Berichte / Studien :

Die Union schöpft das Potenzial ihrer Agenturen noch nicht voll aus



Der Europäische Rechnungshof veröffentlichte am 22. Oktober seinen Jahresbericht über die Tätigkeiten von 41 Agenturen und Einrichtungen der EU für das Jahr 2019. Er empfiehlt eine "rationalere" Bewertung der Kohärenz der Agenturen, die Evaluierung von Effizienzverlusten im Bereich der Regierungsführung und eine verbesserte Kommunikation über die Leistung, insbesondere um die Kooperationsbemühungen der Agenturen zu erleichtern. In Bezug auf Neueinstellungen von Mitarbeitern weist das Gericht auf Mängel bei der Einhaltung des Gleichbehandlungsgrundsatzes und der Bekämpfung von Interessenkonflikten hin... [Fortsetzung](#)

Bericht über die Justiz in Europa



Der Europarat veröffentlichte am 22. Oktober einen Bericht über die Effizienz und Qualität der Justiz in 45 europäischen Ländern. Der Bericht bewertet individuell das der Justiz gewidmete Budget, die Zusammensetzung der Gerichte, die Kommunikation gegenüber den Prozessparteien, den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien und die Leistungsfähigkeit der Justizsysteme der einzelnen Staaten. Im Allgemeinen nimmt die Zahl der Richterinnen und Staatsanwältinnen trotz der starken männlichen Präsenz in diesen Berufen weiter zu, die Zahl der Gerichte ist zwischen 2010 und 2018 um 10% zurückgegangen und die Pandemie hat die Gerichte, dank der jüngsten technologischen Fortschritte, nicht daran gehindert ihre Tätigkeit fortzusetzen... [Fortsetzung](#)

Internationaler Migrationsausblick 2020



Am 19. Oktober veröffentlichte die OECD einen Bericht über die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die internationale Migration. Die Ausstellung neuer Visa durch OECD-Mitgliedsländer ging im ersten Quartal um 46% und im zweiten Quartal um 72% im Vergleich zu den gleichen Zeiträumen im Jahr 2019 zurück. Die OECD erklärt, dass die Beibehaltung ehrgeiziger Integrationsprogramme wichtig ist, da Einwanderer in vielen Sektoren einen erheblichen Anteil der Arbeitskräfte ausmachen, insbesondere im

Veröffentlichungen :

"Von Erbfeinden zu guten Nachbarn. Ein deutsch-französischer Dialog"



In "Von Erbfeinden zu guten Nachbarn. Ein deutsch-französischer Dialog", die französische Historikerin Hélène Miard-Delacroix und der deutsche Historiker Andreas Wirsching zeichnen den Aufbau der Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland trotz Rivalitäten, Kriegen und Misstrauen nach und zeigen die Bedeutung der Länder für die Europäische Union von heute und morgen auf... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Matisse in Beaubourg



Bis zum 22. Februar 2021 zeigt das Centre Pompidou in Paris die Ausstellung "Matisse, comme un roman". Sie versammelt Schlüsselwerke, die die Verbindung von Text und Bild innerhalb der Werke von Henri Matisse in einer chronologischen Reise untersuchen. Von seinen Anfängen im Jahr 1890 bis in die 1950er Jahre ist jeder Abschnitt seines Lebens von einem literarischen Zwischenspiel durchzogen, das uns an die Entstehung bestimmter Werke und seine Verbindungen zu großen Autoren wie Stéphane Mallarmé oder Louis Aragon erinnert... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Gerhard Richter: Landschaft



Bis zum 14. Februar 2021 widmet das Kunstforum Wien den Landschaften des deutschen Malers Gerhard Richter eine Ausstellung. 150 zum Teil noch nie gezeigte Werke sind in 5 thematische Bereiche gegliedert, die den Werdegang des Künstlers seit 1960 nachzeichnen... [Fortsetzung](#)

Große Namen der Moderne in Basel



Bis zum 28. März 2021 zeigt die Fondation Beyeler in Riehen die Ausstellung "Der Löwe hat Hunger", eine Auswahl von Gemälden und Skulpturen, die für die klassische Moderne und die zeitgenössische Kunst emblematisch sind. Die Ausstellung ist auf 8 Räume verteilt und ehrt große Künstler wie Henri Rousseau, Alberto Giacometti oder Louise Bourgeois... [Fortsetzung](#)

Genie des polnischen Barock



Das Nationalmuseum in Krakau zeigt bis zum 21. Februar 2021 die erste Retrospektive von Szymon Czechowicz, einem Meister des polnischen Barock, der mehr als 20 Jahre in Rom verbrachte. Mehr als 200 Gemälde und Zeichnungen aus der ganzen Welt sind zu sehen... [Fortsetzung](#)

Deutscher Expressionismus im Thyssen-Bornemisza-Museum



Bis zum 14. März 2021 beherbergt das Thyssen-Bornemisza-Museum in Madrid Werke des deutschen Expressionismus aus der Sammlung Thyssen. Die Ausstellung ist nach drei Konzepten gegliedert: der Entstehungsprozess der Gemälde, ihr Erfolg bei Publikum und Kritikern und die Ausstellungsprojekte, die zur Verbreitung der Sammlung in der ganzen Welt organisiert werden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Die 2000er Jahre in Montpellier



Das Mo.Co, das Museum für zeitgenössische Kunst in Montpellier, zeigt bis zum 7. Februar 2021 rund hundert Werke aus der Cranford-Sammlung, die die Entstehung der Werke in den 2000er Jahren nachzeichnet, von Tracey Emin bis Damian Hirst, Louise Bourgeois und Olafur Eliasson... [Fortsetzung](#)

Jazz in Barcelona



Bis zum 29. Januar 2021 findet das Voll Damm Jazz Festival von Barcelona statt, sowohl an Veranstaltungsorten in der ganzen Stadt als auch online. Die Zuschauer haben die Gelegenheit, großen Künstlern

wie Sílvia Pérez Cruz oder María José Llergo, einer der Stimmen des neuen Flamencos, zuzuhören... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Online-Kino



Die 28. Ausgabe des Raindance Film Festival, des führenden unabhängigen Filmfestivals Großbritanniens, findet vom 28. Oktober bis zum 7. November statt. Es findet hauptsächlich online statt, mit Vorpremierern und Vorführungen mit Regisseuren und Produzenten aus der ganzen Welt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Cannes 2020



Die Filmfestspiele von Cannes organisieren vom 27. bis 29. Oktober drei Tage lang Vorführungen im Théâtre Lumière des Palais des Festivals. Die Zuschauer können Vorführungen der Kurzfilme des Wettbewerbs 2020 und 4 Vorpremierern der offiziellen Auswahl 2020 besuchen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Agenda :



29. Oktober 2020

Videokonferenz
Treffen der Staats- und Regierungschefs
Passau
Informelles Treffen der Verkehrsminister



30. Oktober 2020

Videokonferenz
Treffen der Gesundheitsminister

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



[Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung](#)

Die Redaktion des Newsletters :

Stefanie Buzmaniuk, Helen Levy ;
Jérémy Cottrez, Thomas Hinzelin, Florian Da, Julian Parodi
Chefredakteur : Eric Maurice
Publikationschef : Pascale Joannin
N° ISSN : 2729-6482

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? [{LINK}](#)